



**Coalition Suisse Romande  
sur les droits économiques,  
sociaux et culturels**

**Parallelbericht zu den 2. und 3. Berichten der Schweiz über die  
Umsetzung des internationalen Pakts über die wirtschaftlichen,  
sozialen und kulturellen Rechte (UN-Sozialpakt)**

**Beiträge der Zivilgesellschaft der Westschweiz im Rahmen der  
Überprüfung der Schweiz durch den Ausschuss über  
wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte  
November 2010**

**ZUSAMMENFASSUNG**

Dieser Bericht wurde mit Hilfe der folgenden Organisationen erarbeitet:

- 3D – Trade, Human Rights, Equitable Economy - [www.3dthree.org](http://www.3dthree.org)
- Fastenopfer – [www.fastenopfer.ch](http://www.fastenopfer.ch)
- Alliance Sud - [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)
- Verband zum Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten und Prekarität (ALCIP)
- Organisation für eine Schule als Friedensinstrument (EIP) – [www.eip-cifedhop.org](http://www.eip-cifedhop.org)
- Schweizer Mieterverband, Sektion Genf (Asloca-Genève) - [www.asloca.ch](http://www.asloca.ch)
- Verband Jenisch-Schweiz - [www.yenisch-suisse.ch](http://www.yenisch-suisse.ch)
- ATD Viertwelt – [www.quart-monde.ch](http://www.quart-monde.ch)
- Kontaktzentrum SchweizerInnen-EinwanderInnen Genf (CCSI) - [www.ccsi.ch](http://www.ccsi.ch)
- Beratungs- und Unterstützungszentrum für die Jugend im Bereich der Menschenrechte (CODAP) – [www.codap.org](http://www.codap.org)
- Zentrum Europa – Dritte Welt (CETIM)- [www.cetim.ch](http://www.cetim.ch)
- CODHA (Genossenschaft für gemeinschaftliches Wohnen) - [www.codha.ch](http://www.codha.ch)
- Kollektiv Afro-swiss - <http://collectifafroswiss.blogspot.com>
- Erklärung von Bern - [www.evb.ch](http://www.evb.ch)
- Dialogai - [www.dialogai.org](http://www.dialogai.org)
- FIAN-Schweiz (Food First, Information and Action Network) – [www.fian-ch.org](http://www.fian-ch.org)
- Solidarisches Freiburg - [www.fribourg-solidaire.ch](http://www.fribourg-solidaire.ch)
- AIDS-Gruppe Genf - [www.groupesida.ch](http://www.groupesida.ch)
- IGA-SOS Rassismus - [www.iga-sosracisme.ch](http://www.iga-sosracisme.ch)
- Interdisziplinäres Institut für Ethik und Menschenrechte (IIEDH) - [www.unifr.ch/iiedh/fr](http://www.unifr.ch/iiedh/fr)
- Lestime – Lesbische Gemeinschaft Genf - [www.lestime.ch](http://www.lestime.ch)
- Schweizer Liga für Menschenrechte – Genf (LSDH) - [www.lsdh.net](http://www.lsdh.net)
- Mesemrom - [www.mesemrom.org](http://www.mesemrom.org)
- Bewegung der 2Boote - [www.2barques.org](http://www.2barques.org)
- Welsches Observatorium Asyl- und Ausländerrecht (ODAE) - [www.odae-romand.ch](http://www.odae-romand.ch)
- Brot für alle - [www.ppp.ch](http://www.ppp.ch)
- PLANeS – Schweizer Stiftung für die sexuelle und die reproduktive Gesundheit - [www.plan-s.ch](http://www.plan-s.ch)
- Halt Selbstmord - [www.stopsuicide.ch](http://www.stopsuicide.ch)
- Swissaid - [www.swissaid.ch](http://www.swissaid.ch)
- Unia – [www.unia.ch](http://www.unia.ch)
- Uniterre - [www.uniterre.ch](http://www.uniterre.ch)
- Hilfe Vergewaltigung - [www.viol-secours.ch](http://www.viol-secours.ch)

Vorbereitung dieser Unterlagen und Kontaktperson

Diese Unterlagen wurden von Frau Margot Brogniart, Koordinatorin der welschen NRO-Koalition und Programmbeauftragte der FIAN-Schweiz, zusammengestellt. (FIAN-Schweiz, 5 rue Liotard, 1202 Genf – 022 735 93 94) - [margot.brogniart@coalitiondesc.ch](mailto:margot.brogniart@coalitiondesc.ch)

Die Unterstützung des welschen Lotteriefonds hat die Zusammenstellung dieses Berichts und die Aufklärungskampagne in der Westschweiz ermöglicht.

Diese Unterlagen wurden von Andrea von Maltitz übersetzt.

## INHALTSVERZEICHNIS

<b><u>EINFÜHRUNG</u></b>	<b>4</b>
<b><u>METHODIK</u></b>	<b>6</b>
<b><u>VORGESCHLAGENE EMPFEHLUNGEN FÜR DIE SCHLUSSBEMERLUNGEN DES WSKR-AUSSCHUSSES</u></b>	<b>7</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN – ARTIKEL 2 – UMSETZUNG DER GARANTierten RECHTE</u></b>	<b>7</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN – ARTIKEL 3 – GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAU UND MANN</u></b>	<b>9</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN – ARTIKEL 6 – RECHT AUF ARBEIT</u></b>	<b>9</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN – ARTIKEL 7 – RECHT AUF GERECHTE UND GÜNSTIGE ARBEITSBEDINGUNGEN</u></b>	<b>10</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN – ARTIKEL 8 – GEWERKSCHAFTLICHE RECHTE</u></b>	<b>11</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN – ARTIKEL 9 – RECHT AUF SOZIALE SICHERHEIT</u></b>	<b>12</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN - ARTIKEL 10 – SCHUTZ VON FAMILIE, MUTTER UND KIND</u></b>	<b>13</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN - ARTIKEL 11 – RECHT AUF EINEN ANGEMESSENEN LEBENSSTANDARD</u></b>	<b>14</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN - ARTIKEL 12 – RECHT AUF GESUNDHEIT</u></b>	<b>16</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN - ARTIKEL 13 UND 14 – RECHT AUF BILDUNG</u></b>	<b>17</b>
<b><u>EMPFEHLUNGEN - ARTIKEL 15 – RECHT AUF TEILNAHME AM KULTURELLEN LEBEN</u></b>	<b>18</b>

## **Einführung**

Die Schweiz hat den internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (UN-Sozialpakt) 1992 unterzeichnet. Daher ist sie verpflichtet, einen Bericht z. H. des für die Einhaltung des Paktes zuständigen Ausschuss der Vereinten Nationen zu erstellen. Die Zivilgesellschaft hat die Möglichkeit, an diesem Mechanismus dank der Zustellung eines „Parallel- oder alternativen Berichts“ an den gleichen Ausschuss, teilzunehmen. Um einer möglichst grossen Anzahl Akteure vor Ort eine Teilnahme bei der Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu ermöglichen, wurde im Jahr 2009 eine welsche NRO-Koalition gebildet, in Vernetzung mit der Schweizer NRO-Koalition. Die Mehrzahl dieser Verbände hat bereits am weltweiten periodischen Untersuchungsverfahren des Menschenrechtsrats teilgenommen. Dies erlaubt es, die unteilbaren und miteinander verknüpften Menschenrechte in ihrer Gesamtheit zu analysieren.

Die welsche Koalition wurde von den Organisationen FoodFirst Information and Action Network-Suisse (FIAN-Schweiz) und dem Beratungs- und Unterstützungszentrum für die Jugend im Bereich der Menschenrechte (CODAP) initiiert. Hauptziel ist die Information über und das Anregen von Reaktionen zu den 2. und 3. Schweizer Berichten über die Umsetzung des internationalen Paktes über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte seitens der Gesamtheit der Zivilgesellschaft in der Westschweiz. Der vorliegende Text ist das Ergebnis dieser Bemühungen. Besonderer Wert wurde auf die Erfassung konkreter Fälle von Verletzungen dieser Rechte gelegt, damit die Fachleute sich ein Bild über die tatsächliche Lage machen können und auch, um dem Bericht ein menschliches Antlitz zu geben.

Allgemein kann gesagt werden, dass die Organisationen und Gewerkschaften, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, sich einig darüber sind, dass die Informationen, die die Schweiz über die Einhaltung, den Schutz und die Umsetzung der Menschenrechte liefert, ungenügend sind und ein eklatanter Mangel an Statistiken und Forschung auf diesem Gebiet besteht. Die Organisationen weisen auch auf einige beunruhigende Trends hin, so z.B. die Bildung von Armutsenklaven in den meisten Regionen in der Schweiz oder die zunehmende Diskriminierung der AusländerInnen.

Die Organisationen und Gewerkschaften, die an diesem Bericht teilgenommen haben, erinnern daran, dass obwohl die einzelnen Artikel separat behandelt werden, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (wskR) gleiches Gewicht zuzukommen hat wie den politischen und bürgerlichen Rechten, im Rahmen eines universellen, unteilbaren und miteinander zusammenhängenden Systems der Menschenrechte.

Aus dem Pakt ist die Verpflichtung abzuleiten, Menschen, die mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind, besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Diese Menschen, denen mehrerer ihrer Rechte abgesprochen werden, finden sich in einem Teufelskreis wieder, in dem eine Rechtsverletzung die nächste nach sich zieht, dies wiederum die Person entwertet und ihre Verletzbarkeit stark erhöht. Sie unterstreichen die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer Strategie, die auf der Analyse dieser Kettenreaktion beruht und nicht nur einen Bereich, ein einzelnes Recht berücksichtigt.

Die Organisationen und Gewerkschaften sind sich einig, dass die folgenden Massnahmen nötig sind, um die wskR vollständig umzusetzen:

- ständige Absprache zwischen den Gemeinden, Kantonen, dem Bund, den Verbänden und Opfern von Rechtsverletzungen, um Wissenschaft und Opferzeugnisse miteinander zu verknüpfen.
- Schaffung von Beobachtungssystemen, um jede Rechtsverletzung oder jede Gefahr einer systematischen Rechtsverletzung analysieren und gemeinsame Lösungen finden zu können, um die Wirksamkeit der wskR zu gewährleisten.
- Bekanntgabe der Beobachtungsergebnisse an alle betroffenen Akteure, seien sie öffentlich oder privat, mit dem Ziel, auf die Verflechtung aller Menschenrechte hinzuweisen.

#### **Die Organisationen und Gewerkschaft in der Westschweiz**

- sind der Meinung, dass die Schweizer Regierung weit davon entfernt ist, die Einhaltung der wskR sicher zu stellen und bitten daher den wskR-Ausschuss der Vereinten Nationen die Schweiz an ihre diesbezüglichen Pflichten zu erinnern.
- würden es für wünschenswert erachten, dass die Fachleute die enge Verflechtung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte betonen, um diese auf nationaler Ebene einfordern zu können.

## Methodik

Die Verbände der Zivilgesellschaft in der Westschweiz wurden gebeten, zu den 2. und 3. Berichten der Schweizer Regierung über die Umsetzung der wskR und die Antworten auf die Fragen des wskR-Ausschusses vom November 2009 Stellung zu nehmen. Die gewünschten Informationen betreffen die Einhaltung, den Schutz und die Umsetzung der wskR in der Schweiz. Zudem wurde nebst einer Bestandesaufnahme über die Umsetzung der wskR und den Einfluss von Gesetzen, Politik und Programme auf deren Erfüllung in der Schweiz eine Beschreibung der konkreten Verletzungen der wskR angeregt.

Die Westschweizer Organisationen, die an der Erarbeitung dieses Berichts mitgewirkt haben, setzen sich alle in der einen oder anderen Weise für mehr Gerechtigkeit und ein Leben in Würde für alle ein - gemäss den ethischen und gesetzlichen Normen der Menschenrechte. Sie haben an der Erarbeitung dieses Berichts mitgewirkt, um die Schweizer Behörden und alle EinwohnerInnen zu ermutigen, die Menschenrechte besser zu fördern, einzuhalten, zu schützen und umzusetzen.

Diese Arbeit wurde von einer Aufklärungskampagne in der Westschweiz begleitet – einerseits, um die benötigten Informationen zu erhalten, andererseits, um die Bevölkerung zu diesen Fragen und das Vorgehen zu sensibilisieren. Dieses Vorgehen ermöglichte es, die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden der Schweizer Zivilgesellschaft zu vertiefen. Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis davon.

<p><b>NB:</b> - Die Empfehlungen folgen der Reihenfolge der Artikel im UN-Sozialpakt. - Die Empfehlungen, die Fragen des Ausschusses entsprechen, sind fett gedruckt. - Für genauere Auskünfte verweisen wir Sie auf den ungekürzten Bericht.</p>
---

## Vorgeschlagene Empfehlungen für die Schlussbemerkungen des wskR-Ausschusses

### Empfehlungen – Artikel 2 – Umsetzung der garantierten Rechte

#### Die Organisationen und Gewerkschaften:

- wünschen, dass der Bund das Zusatzprotokoll für die Einrichtung einer Individualbeschwerdemöglichkeit für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet und ratifiziert, damit die im UN-Sozialpakt enthaltenen Rechte auf nationaler Ebene einklagbar werden.

#### *[Nicht-Diskriminierung]*

- **erwarten von der Schweiz, dass sie gesetzgeberisch aktiv wird, um alle Diskriminierungsarten zu beseitigen, inkl. derjenigen, die auf der Herkunft, dem sozialen Status oder der sexuellen Ausrichtung beruhen.**

- **erachten es als notwendig, die Praxis der Erteilung der humanitären Aufenthaltsbewilligungen weiter zu harmonisieren, um so eine gewisse Regulierung zu erreichen und die Sans-Papiers (AusländerInnen ohne Aufenthaltsbewilligung) vor grober Willkür und sozialer Unsicherheit zu schützen.**

#### *[Entwicklungszusammenarbeit]*

- verlangen, dass die Schweiz den BIP-Anteil für die Entwicklungshilfe erhöht, um den internationalen Forderungen durch die Einrichtung eines innovativen Finanzierungsmechanismus für die Entwicklungshilfe (z.B. durch eine Besteuerung der Finanztransaktionen) nachzukommen.

#### *[Verpflichtungen ausserhalb des Landesgebiets]*

- möchten, dass die Schweizer Behörden eine politische Agenda für die Schweiz im Bereich Unternehmen und Menschenrechte erarbeiten. Diese Agenda sollte auf einer Absprache zwischen den verschiedenen Departementen des Bundes, unter Einbezug der NRO, beruhen.

- möchten, dass die Menschenrechte mehr in die Verwaltungstätigkeiten des Bundes einbezogen wird: Ausbildung der Diplomaten, Beurteilung des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) auf der Grundlage der Menschenrechte und des Umweltschutzes.

- verlangen, dass die Schweizer Regierung besondere Aufmerksamkeit walten lässt bzgl. der Exportgarantie, sofern das Risiko einer Verletzung der Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungen besteht.

- wünschen, dass das *Schweizerische Kompetenzzentrum für die Menschenrechte* in ein unabhängiges nationales Institut für Menschenrechte umgewandelt wird, das, gemäss den von der Schweiz eingegangenen Verpflichtungen, nach den „Pariser Prinzipien“ betrieben würde.

- erachten es für wichtig, dass die Schweizer Behörden und das Parlament sich für eine vermehrte Transparenz der Unternehmen einsetzen. Die Unternehmen müssten ihre Buchhaltung, Tätigkeiten und Überschüsse gesondert für jedes Land aufführen (country by country reporting).

- verlangen, dass die Schweizer Behörden den Betrieb der nationalen Kontaktstelle der OECD-Richtlinien für Konzerne ändern (vermehrte Finanz- und Humanressourcen, Schaffung klarer Verfahrensregeln) und einen Rat schaffen, in dem die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften paritätisch vertreten sind.

*[Wirkungsanalyse]*

- verlangen vom Bund, Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen vor dem Abschluss jedes Freihandelsabkommens durchzuführen.

*[Geistiges Eigentum und Recht auf Gesundheit]*

- verlangen von der Schweiz eine bessere Koordinierung und eine grössere Kohärenz zwischen den Departementen bzgl. der Aussenpolitik der Schweizer Regierung im Gesundheitsbereich.

- wünschen, dass der Bund das Recht der Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) alle im TRIPS-Abkommen (Übereinkommen über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums) und in der Doha-Erklärung von 2001 enthaltenen Flexibilitäten voll auszuschöpfen, anerkennt. So kann der Zugang zu Medikamenten erleichtert werden (z.B. Krebsmittel in Thailand).

- verlangen von der Schweiz, dass sie aufhört, zu versuchen, den Entwicklungsländern über bilaterale Freihandelsabkommen oder Mehrparteien-Verhandlungen verstärkte Rechte am geistigen Eigentum, die über die Verpflichtungen des TRIPS-Abkommens hinausgehen, aufzudrängen. Dadurch wird die Markteinführung billigerer Generika gebremst, so z.B. in Indien.

- erachten es als nötig, dass der Bund eingreift, wenn die Schweizer Pharmaindustrie direkt die Rechte der Staaten, die im TRIPS-Abkommen vorgesehenen Flexibilitäten anzuwenden, angreift.

*[Die Schweiz als Sitz internationaler Konzerne]*

- möchten, dass das Parlament sich verpflichtet, die juristische Trennung zwischen Stammhäusern und ihren Filialen aufzuheben: die Stammhäuser müssten gesetzlich verpflichtet sein, Vorsorgeverfahren («Duty of care») einzurichten, um Menschenrechtsverletzungen durch ihre Filialen oder Lieferanten zu vermeiden (siehe auch das Beispiel der Metalor in Uganda).

*[Agro-Treibstoffe]*

- verlangen von der Schweiz ein Moratorium für die Einfuhr von Agro-Treibstoffen aus Herstellungsländern, in denen die wskR nicht eingehalten werden (z.B. bei den Fabriken in Delsberg und Bad Zurzach).



### Empfehlungen – Artikel 3 – Gleichberechtigung von Frau und Mann

Die Organisationen und Gewerkschaften wünschen

*[Ungleichheiten im politischen Leben]*

- dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um der Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt bei der Anstellung und in der politischen Welt Einhalt zu gebieten (z.B. durch Quoten).

*[Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt]*

- dass der Bund zwingende Massnahmen einführt, um die Gehälterunterschiede zwischen den Geschlechtern aufzuheben, indem in der öffentlichen Verwaltung und im Privatsektor Instrumente zur Überwachung der Unterschiede zu Rate gezogen würden. Oder der Nachweis der Nichtdiskriminierung beim Gehalt müsste als Bedingung gelten, um öffentliche Aufträge oder Subventionen zu erhalten.

- dass die Schweiz Massnahmen ergreift, damit der Arbeitgeber bei der Anstellung nicht wegen des Geschlechts diskriminieren kann, in indirekter oder direkter Form – auf Grund von Zivilstand, Familienlage oder Schwangerschaft.

### Empfehlungen – Artikel 6 – Recht auf Arbeit

Die Organisationen und Gewerkschaften:

*[Bekämpfung der Arbeitslosigkeit]*

- sind der Meinung, dass die Änderung der Gesetzgebung zur Arbeitslosigkeit (4. Revision AVIG) einen Rückschritt bzgl. des Schutzes der erwerbslosen Menschen, insb. der Jungen darstellt. Dies gilt insb. für die soziale Ausgrenzung und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Die Organisationen und Gewerkschaften verlangen, dass Massnahmen ergriffen werden, um die Arbeitslosen vor der sozialen Ausgrenzung zu bewahren.

- erwarten vom Bund Massnahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern, insb. durch die Schaffung von Lehrstellen, den Zwang, Lehrlinge mindestens bis zu zwei Jahre nach Ende ihrer Lehre zu beschäftigen, sofern sie keine andere Stelle finden und durch Sanktionen gegen die Diskriminierung bei der Anstellung. Dies gilt insb. für Herkunft oder Geschlecht.

- sind der Meinung, dass die Schweiz Massnahmen ergreifen muss, um die Schaffung von Arbeitsplätzen für die älteren und behinderten Arbeitnehmer zu erleichtern.

*[Schwarzarbeit]*

- erwarten vom Bund eine verstärkte Bekämpfung der Schwarzarbeit, insb. dank der Einführung vermehrter Kontrollen in allen Kantonen und schnelleren und strengeren Strafen für die schuldigen Arbeitgeber.

## Empfehlungen – Artikel 7 – Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen

**Die Organisationen und Gewerkschaften wünschen:**

*[Gerechte Löhne und gleicher Lohn für eine gleichwertige Arbeit]*

- dass der Bund gesetzgeberisch tätig wird oder einen Gesamtarbeitsvertrag mit einem Mindestlohn auf Bundesebene festlegt, um so die Missstände bei den Niedriglöhnen zu beheben.
- dass die Schweiz das *Prinzip des Leistungserbringungsortes* verstärkt, indem die Leistungserbringer die am Erbringungsort geltenden Arbeitsbedingungen und Löhne einhalten, um Lohndumping zu vermindern.

*[Sonntag- und Nachtarbeit]*

- dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um die Gesundheit der Jugendlichen zu schützen, da die Möglichkeit, sie auch nachts und am Sonntag zu beschäftigen, ausgedehnt wurde.

*[Vergütung von Ferien / Feiertagen]*

- dass der Bund Massnahmen ergreift, um die ArbeitnehmerInnen, die im Stundenlohn arbeiten, zu schützen, damit ihnen die Feiertage vergütet werden (sofern dies nicht bereits in einem Gesamtarbeitsvertrag vorgesehen ist).

*[Arbeitsbedingungen der Gefangenen]*

- dass die Schweiz genauere Angaben über die Löhne und Arbeitsbedingungen der Gefangenen liefert.

## Empfehlungen – Artikel 8 – Gewerkschaftliche Rechte

### **Die Organisation und Gewerkschaften:**

*[Bekämpfung der gegen die Gewerkschaften gerichteten Handlungen]*

- wünschen dass der Bund seine Gesetzgebung ändert, damit diese vorsieht, dass Angestellte nach einer missbräulichen Kündigung bedingungslos wieder einzustellen sind (also z.B. ohne ihre gewerkschaftliche Tätigkeit aufgeben zu müssen).

*[Streikrecht]*

- verlangen vom Bund, dass er ein wirksames Streikrecht ohne verfassungsrechtliche Beschränkungen garantiert.

- verlangen vom Bund, die Umsetzung des Übereinkommens 98 der Internationale Arbeitsorganisation über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen sicherzustellen.

*[Gewerkschaftliche Rechte]*

- erachten es als notwendig, die Anwesenheit der Gewerkschaften in den Unternehmen zuzulassen, da sie das Recht auf Information höher gewichten als das Recht auf Privateigentum.

- wollen ebenso unterstreichen, für wie wichtig sie die Verstärkung der gewerkschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen der Erneuerung der Gesamtarbeitsverträge erachten.

- verlangen eine Vereinheitlichung der kantonalen Gesetze zum Schutz der ArbeitnehmerInnen.

## Empfehlungen – Artikel 9 – Recht auf soziale Sicherheit

### Die Organisationen und Gewerkschaften:

*[Sozialhilfe für Gruppen mit geringem Einkommen]*

- **wünschen, dass der Bund Massnahmen ergreift, um den Gruppen mit geringem Einkommen (wie z.B. den WanderarbeiterInnen, den Migrantenfamilien, der Jugend und den Frauen) dank des Erlasses eines eidgenössischen Rahmengesetzes eine Sozialhilfe oberhalb des Existenzminimums zu garantieren.**

*[Krankenversicherung für Gruppen mit geringem Einkommen]*

- **verurteilen die Verschärfung des eidgenössischen Krankenversicherungsgesetzes im Jahr 2006, dessen Art. 64a es den Versicherern erlaubt, die Leistungen der Versicherten, die ihre Krankenkasseprämie nicht rechtzeitig gezahlt haben, einzustellen. Sie sind der Meinung, dass der Bund Massnahmen ergreifen muss, damit der Zugang zu medizinischer Versorgung nicht von der sozialen Lage des Einzelnen abhängt.**

*[Gesetz über die Invalidenversicherung]*

- **verurteilen die 5. Revision des Gesetzes über die Invalidenversicherung und verlangen, dass der Schutz für die Invaliden, insb. für die MigrantInnen, verstärkt wird.**

*[Soziale Sicherheit und Nothilfe für Sans-Papiers und abgewiesene AsylbewerberInnen]*

- **wünschen, dass der Bund gesetzgeberische Massnahmen ergreift, damit alle abgewiesenen AsylbewerberInnen, die von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind, in allen Kantonen Überlebensnothilfe erhalten.**

*[Krankenversicherung und Zugang zur medizinischen Versorgung für die Sans-Papiers und die abgewiesenen AsylbewerberInnen]*

- **verlangen von der Schweiz, gesetzliche, finanzielle und administrative Massnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu medizinischer Versorgung für die verletzlichen Bevölkerungsgruppen, und zwar ungeachtet finanzieller, administrative oder juristischer Erwägungen. Dies gilt insbesondere für die Sans-Papiers.**

*[Mutterschaftsurlaub für nicht entlohnte Bauersfrauen]*

- **wünschen, dass der Bund den mitarbeitenden, aber nicht entlohnten Bauersfrauen einen Mutterschaftsurlaub garantiert.**

*[Schwangerschaftsabbruch]*

- **verlangen von der Schweiz, dass sie die Beibehaltung der Kostenerstattung durch die Basisversicherung im Fall eines Schwangerschaftsabbruchs unterstützt, da diese Leistung durch die Eingabe einer Volksinitiative gefährdet ist.**

## Empfehlungen - Artikel 10 – Schutz von Familie, Mutter und Kind

### Die Organisationen und Gewerkschaften:

#### *[Gewalt an Frauen]*

- verlangen, dass die Schweiz den Art. 50, Abs. 1 Buchstabe b und Abs. 2 des AuG abändert. Die Forderung, dass erwiesen sein muss, dass die soziale Reintegration im Ursprungsland stark gefährdet ist, soll fallen gelassen werden, damit die Opfer häuslicher Gewalt eine Aufenthaltsbewilligung unter der einzigen Bedingung, dass sie glaubhaft darlegen, Opfer solcher Taten gewesen zu sein, erhalten. Die Migrantinnen würden damit beim gesetzlichen Schutz gegen häusliche Gewalt den Schweizer Frauen gleichgestellt.

Bis zum Inkrafttreten dieser Änderung muss gewährleistet werden, dass die Möglichkeiten, die der Entscheid der Bundesverwaltungsgerichts vom 2. November 2009 eröffnet hat (Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung nur auf Grund so genannter „schwerwiegender“ häuslicher Gewalt und somit ohne beweisen zu müssen, dass die soziale Reintegration im Ursprungsland stark gefährdet ist), systematisch von den kantonalen zuständigen Behörden und dem Bundesamt für Migration ausgeschöpft werden.

#### *[Zwangsheirat]*

- bitten den Bund, eine genaue Untersuchung durchzuführen und klare Zahlen über die Anzahl Zwangsheiraten zu liefern.

- wollen, dass die Schweiz eine Aufklärungs- und Informationskampagne auf nationaler Ebene zum Thema Zwangsheirat durchführt und damit klarstellt, dass eine solche Praxis illegal ist und die Mechanismen zum Schutz der Opfer dank der Schaffung von Anlaufstellen und z.B. eines Nottelefons verstärkt.

#### *[Familiennachzug]*

- erachten es als nötig, dass der Bund den Schutz für die Migrantenfamilien verstärkt, da das Ausländergesetz ein grosses Hindernis für das Recht als Familie zusammen zu leben, darstellt.

#### *[Heirat von Sans-Papiers]*

- verurteilen die Änderung des Zivilgesetzbuches (Art. 98 und 99), das die Heirat jedes Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung ab dem 1. Januar 2011 verbietet. KeinE abgewieseneR AsylbewerberIn oder ArbeitnehmerIn ohne regulären Status wird ab dann sein Recht auf Heirat in der Schweiz ausüben können.

#### *[Adoption für gleichgeschlechtliche Paare und Kinderrechte]*

- wollen, dass der Bund auf juristischer Ebene über die Adoptionsmöglichkeiten für gleichgeschlechtliche Paare Stellung nimmt.

- möchten, dass die Schweiz gesetzgeberisch tätig wird, damit die Rechte der Kinder, die im Rahmen einer gleichgeschlechtlichen Elternfamilie und diejenigen der Kinder, die im Rahmen eines heterosexuellen Paares geboren wurden, aber später bei einem gleichgeschlechtlichem Paar aufwachsen, verstärkt werden.

- wünschen, dass der Bund den Schutz des nicht biologischen Elternteils in einer gleichgeschlechtlichen Familie stärkt (z.B. durch die Möglichkeit einer internen Adoption).

*[Aufnahme von Kindern und Verletzung des Rechtes, als Familie zusammen zu leben]*

- verlangen von der Schweiz statistische Erhebungen über die Aufnahme von Kindern zu erstellen, um die einzelnen Faktoren bestimmen und das Problem an der Wurzel lösen zu können, indem die Eltern in ihrer Verantwortung und ihren Lebensbedingungen (Gesundheit, Wohnung, ...) unterstützt werden.

- verlangen, dass der Bund Massnahmen ergreift, um die familiären Bindungen zu stärken. Soziale Unsicherheit oder sehr grosse Armut belasten diese Bande besonders stark. Das Recht als Familie zusammen zu leben darf nicht von den sozialen Umständen abhängen.

- sind der Meinung, dass die Entscheidung ein Kind (aus wirtschaftlichen Gründen) aufzunehmen oder wegzugeben nur mit Zustimmung der Eltern getroffen werden darf und Rückkehrbedingungen festgelegt werden.

### **Empfehlungen - Artikel 11 – Recht auf einen angemessenen Lebensstandard**

**Die Organisationen und Gewerkschaften:**

*[Bekämpfung der Armut]*

- **bitten die Schweiz offizielle Statistiken über die Anzahl armer und sehr armer Menschen und Familien zu Vergleichszwecken gemäss den international anerkannten Normen zu liefern.**

- **bitten den Bund, politische Massnahmen zu ergreifen, um die extreme Armut in der Schweiz nachhaltig zu bekämpfen.**

*[Working poor]*

- **erachten es als dringend dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um die Werktätigen vor Armut zu schützen und so die Anzahl der so genannten « working poor » zu verringern.**

*[Recht auf Unterbringung, Erlangung von Wohneigentum und Mieterrechte]*

- **bitten den Bund, ein juristisches Vakuum im Obligationenrecht aufzufüllen, denn die Garantien, die die Mietgesetzgebung den MieterInnen bietet, werden nur selten genutzt, da die Umsetzung dieser Rechte nur den MieterInnen obliegt. Daher sind die Verfahrens- und Organisationsregeln für die Umsetzung des Rechts auf eine Unterkunft wesentlich, da die Kosten und die Komplexität eines solchen Verfahrens die Wirksamkeit des Mieterschutzes zunichte machen können. Die Organisationen und Gewerkschaften wünschen, dass die Schweiz den Mieterschutz durch eine automatische Mietzinskontrolle und den kostenlosen Zugang zu allen Verfahren, die den MieterInnen offen stehen, verstärkt – und zwar in allen Kantonen, so wie es bereits jetzt in den Kantonen Genf und Waadt geschieht.**

- **erachten es für nötig, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um einen genügend**

**grossen Gebäudepark, dessen Mieten den Bedürfnissen der Mehrzahl der Bevölkerung entsprechen, zu erhalten.**

**- bitten den Bund, Statistiken über die Anzahl Menschen in der Schweiz, die in schlechten Wohnverhältnissen leben, keine Wohnung finden oder keinen festen Wohnsitz haben, zu erheben und gesetzgeberisch, administrativ und finanziell tätig zu werden, um hier Abhilfe zu schaffen.**

*[Bekämpfung der Verteuerung der Mieten]*

**- wünschen, dass der Bund eine neue Gesetzgebung einführt, um die Erhöhung der Mieten zu bremsen und die MieterInnen zu schützen.**

**- erachten eine automatische Mietzinskontrolle als nötig, um den Schutz der MieterInnen zu gewährleisten.**

*[Notwohnungen]*

- bitten den Bund, Massnahmen zu ergreifen, um die Anzahl verfügbarer Betten in den Sozialwohnungen für Notfälle zu erhöhen und den Zugang zu diesen Wohnungen nicht aus Gründen der Herkunft oder des Status eines Menschen zu behindern (insb. durch die Aufhebung der Quoten für Roma).

*[Diskriminierung der AusländerInnen beim Zugang zu Wohnraum]*

**- wünschen, dass die Schweizer Behörden die AusländerInnen beim Zugang zu Wohnraum nicht länger diskriminieren, indem sie aufhören, den nicht europäischen KandidatInnen den Zugang zu den Wohnbaugenossenschaften verbieten. Die GenossenschaftlerInnen sind kein BesitzerInnen, sondern MieterInnen, die zeitweilig einen Genossenschaftsanteil für nicht spekulative Zwecke gekauft haben. Diese Genossenschaftsanteile sind kein Grundbesitz, sondern entsprechen nur den Gesellschaftsanteilen und dem immateriellen Anteil an der Dachorganisation (beispielsweise im Kanton Genf).**

*[Recht auf eine angemessene Ernährung]*

- wünschen, dass die Schweiz jedem Menschen, unabhängig von seiner Herkunft, das Recht auf eine angemessene Ernährung in Würde zugesteht, und insbesondere die Quoten für die Roma in den Nahrungsverteilzentren aufhebt.

## Empfehlungen - Artikel 12 – Recht auf Gesundheit

### **Die Organisationen und Gewerkschaften:**

#### *[Selbstmord in der Schweiz]*

- **bitten den Bund, der Selbstmordthematik bei der Jugend mehr Beachtung zu schenken. Sie erachten es als nötig, dass er seine Koordinierungsrolle gegenüber den Kantonen verstärkt und diese ermutigt, ein gesamtschweizerisches Netz zur Bekämpfung depressiver Zustände einzurichten (u. a. über finanzielle Anreize und kantonale Zusammenschlüsse).**
- **wünschen, dass der Bund klare Aufträge und Arbeitsanweisungen erteilt sowie einen Eingriffsrahmen festlegt, damit die einzelnen zuständigen Bundesämter, kantonalen und kommunalen Stellen sowie Zweckverbände das Thema Selbstmordverhütung aufnehmen.**
- **erachten es als nötig, dass der Bund eine neue Fassung des Gesetzes über die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung erarbeitet, um eine gesetzliche Lücke zu füllen und so Tätigkeiten zur Selbstmordverhütung in Erwägung ziehen zu können.**
- **bitten den Bund, die Verfügbarkeit der Informationen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Thematik Selbstmord zu verbessern und die Verhütungsstrategie auf nationaler und lokaler Ebene anzupassen.**

#### *[LGBT-Gruppen (Lesbierinnen, Homosexuelle, Bisexuelle, Transsexuelle)]*

- **verlangen von der Schweiz budgetäre Massnahmen zu ergreifen, um die beiden Hauptzielgruppen besser bei der Bekämpfung des HIV/AIDS zu schützen (männliche Homosexuelle und MigrantInnen von südlich der Saharawüste).**

#### *[AusländerInnen in Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft]*

- **erachten es als nötig, dass der Bund Massnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung ergreift (insb. bei der psychiatrischen und psychologischen Betreuung der psychisch gestörten Menschen in Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft).**

#### *[Zugang zu medizinischer Versorgung für verletzte Gruppen]*

- **möchten, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um die Ungleichheit beim Zugang zur medizinischen Versorgung zu verringern (insb. der am meisten benachteiligten Gruppen).**
- **bitten den Bund, den Schutz der verletzlichen Gruppen, und insbesondere der invaliden MigrantInnen, zu verstärken.**



## Empfehlungen - Artikel 13 und 14 – Recht auf Bildung

**Die Organisationen und Gewerkschaften wünschen:**

*[Zugang zur Bildung für minderjährige Sans-Papiers]*

- dass der Bund gesetzgeberisch aktiv wird, um den jungen Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung (Sans-Papiers) nach dem Erlernen eines Berufs in einer dualen Lehre Abschluss der obligatorischen Schulzeit zu erlauben.
- dass die Schweiz die Bereitstellung einer genügenden Anzahl Lehrstellen durch die Unternehmen sicherstellt (Schaffung eines Ausbildungsfonds, in den die Unternehmen, die nicht genügend Lehrstellen anbieten, einzahlen müssten).

*[Gleichstellung der Behinderten in der Schule]*

- dass der Bund Massnahmen ergreift, um die grossen Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden und Kantonen bzgl. der Gewährleistung der Gleichstellung der Behinderten in der Grundschule abzubauen. Die Chancen einer gelungenen Integration der behinderten Kinder und Jugendlichen ins Berufsleben (strukturelle Integration) und in die Gesellschaft (soziale Integration) darf nicht vom Wohnort (Kanton, Gemeinde), in dem sie aufwachsen, abhängen.

*[Analphabetentum]*

- dass die Schweiz eine nationale Strategie einrichtet, um das Recht auf Bildung für alle wirksam umzusetzen und so das Problem des Analphabetentums zu lösen.

## Empfehlungen - Artikel 15 – Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben

### Die Organisationen und Gewerkschaften:

#### *[Roma]*

- bitten den Bund Sofortmassnahmen zu ergreifen, um der Diskriminierung und der Verfolgung der Roma durch die Polizei (z.B. in Genf) einen Riegel zu schieben.
- wünschen, dass die Behörden die Quoten für die den Roma zugestandenem Betten in den Anlaufstellen oder der Anzahl an Roma verteilte Essen in den Verteilzentren aufheben (z.B. in Genf).

#### *[Jenische]*

- bitten den Bund Massnahmen zu ergreifen, um beim Mangel an Standorten für die Jenischen Abhilfe zu schaffen ebenso wie bei den Schwierigkeiten, Rastplätze zu finden.
- erachten es als nötig, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um die Kinder der Jenischen vor Diskriminierungen in der Schule zu schützen.
- bitten den Bund eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten, um den jungen Jenischen zu erlauben, ihre Traditionen und Kultur als Fahrende aufrecht zu erhalten und dies mit ihrem Recht auf eine Berufsbildung verbinden zu können.

#### *[Förderung einer Kultur der Toleranz]*

- erachten es als nötig, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um eine Kultur der Toleranz zu fördern und so die Stereotypen über und Diskriminierung von verschiedenen ethnischen Gruppen zu verhindern.
- bitten den Bund, einen Schritt in Richtung der Förderung der kulturellen Vielfalt zu machen, insbesondere dank der Anerkennung des Beitrags sehr benachteiligter Gruppen an die Geschichte und gesellschaftliche Entwicklung.
- erachten es als nötig, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um die Unwissenheit über und die Stigmatisierung von Menschen in grosser Armut zu bekämpfen.

#### *[Rolle der Medien]*

- wünschen, dass der Bund Massnahmen ergreift, um die Medien zu regulieren, und so zu verhindern, dass Botschaften, die dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung widersprechen, verbreitet werden.
- bitten den Bund eine grössere Wachsamkeit gegenüber Fernsehprogrammen über das tägliche Leben von jungen Millionären zu zeigen, da daraus eine grössere Stigmatisierung der ärmsten Bevölkerungsschichten und ein stärkeres Unwohlsein bei der Jugend in Armutsverhältnissen entstehen.
- rufen die Schweiz auf, Stützmassnahmen zu ergreifen, um die Medien (insb. die Presse) bei ihrem Auftrag, die gesellschaftlichen Veränderungen in all ihrer Komplexität zu erklären, zu stärken.